Abendausgabe

Nr. 337 ♦ 43. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 166

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Dienstag
20. Juli 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297

Der bayerische Mördersumpf.

Tatsachen über das amtliche Vertuschungssystem.

Man schreibt uns aus München:

Als der bayerische Landtagsabgeordnete, Genosse Gareis, im Oktober 1920 den Zusammenhängen zwischen Münchener Polizeistellen und Fememördern auf die Spur gekommen war, setzte er zusammen mit Genossen Timm im Bayerischen Landtag die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses durch, der die beiden Mordaffären Sandmeyer und Dobner aufklären sollte. In der Begründung des Antrages auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wurde gegen Organe der Polizeidirektion München der Vorwurf erhoben,

„daß sie eine Organisation gebildet haben, die sich zur Aufgabe gestellt hat, Menschen gewaltsam zu beseitigen".

Die Polizeidirektion München teilte nach Einsetzung des Untersuchungsausschusses in der Presse mit, daß sie von dem Mordanschlag auf Dobner erst durch eine Anzeige der Gendarmeriestation Freising Kenntnis erhalten habe. Die Polizei stehe weder mittelbar noch unmittelbar mit dem Mordversuch in Verbindung. Inzwischen ist allerdings durch die Aufklärungsarbeit des Genossen Levi im Femeuntersuchungsausschuß des Reichstags die Verbindung zwischen bayerischen Fememördern und Münchener Polizeidirektion nachgewiesen worden.

Ehe noch der bayerische Untersuchungsausschuß im Oktober 1920 seine Arbeiten beendigen konnte, gab die bayerische Regierung im Landtag am 29. Oktober 1920 eine Erklärung voller Entstellungen ab, worin sie unter anderem das Opfer des Mordanschlags als einen des Mordes Verdächtigen hinstellte.

Als daraufhin Genosse Timm die Verdrehungen der Regierungserklärung feststellte, traten die bürgerlichen Parteien unter Führung des jetzigen bayerischen Ministerpräsidenten Held aus dem Untersuchungsausschuß aus.

Damit machten sie ihn arbeitsunfähig und verhinderten die Aufklärung der Mordfälle. Inzwischen konnten die Schuldigen Zeit gewinnen, die Zusammenhänge zu verschleiern.

Während in diesem ersten Untersuchungsausschuß die Landtagsparteien mit je einem Abgeordneten vertreten waren, wurde später ein neuer Untersuchungsausschuß eingesetzt, der von den Parteien im Verhältnis ihrer Fraktionsstärke beschickt wurde. Die Absichten der bürgerlichen Parteien waren jetzt also leichter durchzusetzen. Durch das von diesem Ausschuß beschlossene freisprechende Gutachten sollten die Enthüllungen des Abgeordneten Gareis über die Münchener Mordfälle aus der Welt gelogen werden. Als Gareis dann im Landtag die Feststellungen des Untersuchungsausschusses noch einmal mitteilte, versuchte der Präsident — ein Mitglied der Partei des Herrn Held — dies zu verhindern. Bei zwei weiteren Gelegenheiten hat sich der Landtagspräsident veranlaßt gesehen, die Feststellungen des Genossen Gareis als mit der „Würde" eines deutschen Parlaments nicht vereinbar abzufertigen.

Im Januar 1921 führte man dann vor dem Münchener Schöffengericht einen Prozeß gegen Dobner und Pracher wegen „Verrats militärischer Geheimnisse" durch. Der Prozeß wäre eigentlich vor der Strafkammer zuständig gewesen. Mit seiner Verweisung an das Schöffengericht erreichte man aber, daß eine eventuelle Revision gegen das Urteil an das bayerische Oberste Landesgericht gehen müßte. Hätte der Prozeß ordnungsgemäß vor der Strafkammer stattgefunden, dann wäre eine eventuelle Revision an das Reichsgericht einzureichen gewesen. Man wollte also für alle Fälle dafür sorgen, daß sämtliche Instanzen dieses Prozesses in Händen bayerischer Gerichte bleiben. Bei der Vernehmung der Zeugen schnürte das Gericht alle wichtigen Fragen ab, die über die Beteiligung der Polizei an den Waffenschiebungen und an den von Gareis an die Oeffentlichkeit gebrachten Mordunternehmungen hätten Aufklärung geben können. Fast sämtliche Beweisanträge der Verteidigung wurden abgelehnt, auch die Vernehmung von Polizeibeamten. Durch diese eigenartige Verhandlungsführung entstand der Eindruck, als wolle das Gericht den Nachweis verhindern, daß die Polizeistellen an diesen dunklen Vorgängen beteiligt waren.

Wie eng die Münchener Mörderclique mit den von der bayerischen Regierung großgezogenen und geförderten Einwohnerwehren, und dadurch mit gewissen amtlichen Stellen versippt war, geht aus einem Briefe hervor, den der damalige Vorsitzende der bayerischen Königspartei, Herr Mayer-Kay im März 1921 an den Redakteur eines bayerischen Blattes schrieb. Nach diesem Briefe ging Herr Kanzler, der stellvertretende Landeshauptmann der Einwohnerwehren, eines Tages mit Herrn Mayer-Kay in das Bureau der Landesleitung der Einwohnerwehr, woselbst er Anweisung gab,

„die Verräter unter irgendeinem Vorwand aufzusuchen und beiseitezuschaffen, umzubringen, und zwar unter Hinterlassung eines Merkmales, das die Motive zur Tat zweifelsfrei erkennen lasse!"

Weiter heißt es in diesem Brief, daß Herr Kanzler hinzufügte:

„Die Führer brauchten bei der Ausführung seines Auftrages nicht ängstlich zu sein, hinter ihm stünde der Ministerpräsident (Dr. von Kahr, die Redaktion), er werde im Falle von Anzeigen schon dafür sorgen, daß die Angeklagten freikämen . . . Er habe schon mehr als einmal Einwohnerwehrleute, die sich durch Gewaltakte irgendwie gegen die bestehenden Gesetze verfehlt hätten, aus den Klauen des Gerichts befreit . . ."

Man hat nicht gehört, daß Herr Kanzler wegen dieser offensichtlichen Aufforderung zum Mord, die ja durch Herrn Mayer-Kay bezeugt werden kann, ins Zuchthaus gekommen wäre. **Es ist auch nichts darüber bekannt geworden, daß bayerische Gerichte in** den Fällen, in denen Herr Kanzler strafrechtlich verantwortliche Einwohnerwehrleute „aus den Klauen des Gerichts befreit" hat, ein Verfahren wegen Begünstigung durchgeführt hätten. Ebensowenig wurde der verantwortliche Redakteur des „Miesbacher Anzeigers" dafür zur Rechenschaft gezogen, daß er im Frühjahr 1921 schrieb: Gareis müsse niedergeschlagen werden wie ein roter Hund! Aber etwas anderes geschah. Genosse Gareis wurde kurz darauf, am 9. Juni 1921, ermordet, und zwar, nach allem was bisher bekannt geworden ist, von dem jetzt verhafteten Leutnant Schweikardt. Genosse Gareis hatte wenige Wochen vorher wegen des infamen Artikels, der zu seiner Ermordung aufgefordert hatte, Beleidigungsklage gegen den „Miesbacher Anzeiger" angestrengt. Nach der Mordtat wurde das Verfahren eingestellt, weil der Kläger nicht mehr am Leben sei — also, weil die Mordaufforderung Erfolg gehabt hatte — und die Witwe des Ermordeten bekam vom Gericht eine Aufforderung, die für das Verfahren inzwischen entstandenen Kosten zu bezahlen.

Vier Tage nach der Ermordung des Genossen Gareis erschien eine amtliche Pressenotiz, die sich gegen die in der Linkspresse erhobenen Angriffe gegen die bayerischen Fememörder wendet und den in seiner Zwecksetzung leicht erkennbaren Satz enthält:

„Es gibt keinerlei Beweise dafür, daß der Mörder in der Person eines Fanatikers der Rechten zu suchen sei. Die politische Ausmünzung des Verbrechens ist deshalb gleichermaßen unwürdig und gewissenlos."

Heute, wo es inzwischen gelungen ist, den Nachweis zu führen, daß die Münchener Polizeidirektion dem Gareismörder gefälschte Pässe besorgt hat, damit er sich ohne Schwierigkeiten in Sicherheit bringen könne, ist diese amtliche Erklärung ein Beweis mehr dafür, wie von Münchener amtlichen Stellen durch Ablenkung von der richtigen Spur das Möglichste zum Schutz der Fememörder getan wurde.

Nicht ohne Interesse ist es heute, sich zu erinnern, daß das Organ des bayerischen Ministerpräsidenten Held, der „Regensburger Anzeiger" unmittelbar nach der Ermordung des Genossen Gareis sich gegen einen Putschplan des bayerischen Ordnungsblocks unter Führung des deutschnationalen Obersten Xylander wandte und zum Gareismord schrieb:

„Die Deutschvölkischen und ihre Organe, sowie der „Miesbacher Anzeiger" (er gehörte damals zur bayerischen Volkspartei. Die Redaktion), die offen zur Sabotierung der Reichs- und Staatsgewalt auffordern, sind die eigentlich Schuldigen an dem Verbrechen, das neuerdings schweres Unheil über Bayern zu bringen droht."

Das stand in dem Organ desselben Herrn Held, der acht Monate vorher den Untersuchungsausschuß des bayerischen Landtages gesprengt und damit die Aufklärung der bayerischen Fememorde und die künftige Verhinderung neuer Mordtaten erschwert hat.

Die Mordaufforderung des „Miesbacher Anzeigers" weckt Erinnerungen an die merkwürdige Rolle, die der Redakteur dieses Blattes, der ehemalige Hieronymitenpater Stempfle, in München gespielt hat. Herr Stempfle und der Gareis-Mörder Schweikardt sind alte Bekannte. Stempfle hatte im Jahre 1920/21 sehr gute Beziehungen zu Leutnant Schweikardt und zu der damaligen „Befehlsstelle" des Oberlands in der Georgenstraße in München.

Er war auch mindestens bis zum Herbst 1920 Vertrauensmann der Paßzentrale des Münchener Polizeipräsidenten Pöhner, die bekanntlich dem Schweikardt falsche Pässe zur Flucht besorgt hat.

Der völkische Reichstagsabgeordnete Frick — damals in der Münchener Polizeidirektion beschäftigt — und ein anderer Polizeibeamter, Herr Bärnreuther, können über die merkwürdige Rolle, die der ehemalige Pater und spätere Redakteur des „Miesbacher Anzeigers", Herr Stempfle, damals gespielt hat, gewiß Auskunft geben. Oder beabsichtigt Herr Justizminister Gürtner auf Grund seines neuen Erlasses, die beiden Zeugen nicht vom Amtsgeheimnis zu entbinden?

Hier wäre auch noch eine andere Frage aufzuwerfen: Ist der Verdunkelungsgefahr in den Beziehungen zwischen Stempfle und dem Leutnant Schweikardt vorgebeugt worden? Dieser Herr Stempfle hat nämlich den Leutnant Schweikardt während seiner ersten Untersuchungshaft im vorigen Jahre wiederholt im Untersuchungsgefängnis aufsuchen dürfen! Ist Herrn Stempfle nach der neuerlichen Inhaftierung des Schweikardt wiederum der Besuch im Untersuchungsgefängnis gestattet worden, oder soll dies noch geschehen? Einer Aufklärung der Münchener Mordfälle wären solche Besuche jedenfalls nicht förderlich.

Die „Bayerische Volksparteikorrespondenz", ein offizielles Organ der Partei des bayerischen Ministerpräsidenten Held, versichert zwar am 8. Juli 1926, es würde dem Willen der bayerischen Staatsregierung und dem Rechtsempfinden des bayerischen Volkes völlig widersprechen, wenn auch nur ein Schritt unternommen würde, der so gedeutet werden könne, als solle etwas damit verborgen oder verdunkelt werden, was der Aufhellung eines Verbrechens dienen könnte. Trotz dieser Versicherung sind wir skeptisch und setzen größtes Mißtrauen in den bayerischen Willen, die Münchener Mordfälle wirklich restlos aufzuklären und ihrer Sühne zuzuführen.

Diese Skepsis wird genährt durch den Erlaß des bayerischen Justizministers vom 11. Juni 1926, der die Oberlandesgerichte anweist, dem Justizministerium zu berichten, wenn der Femeausschuß des Reichstags um Uebersendung von Akten ersucht oder Beamte zur Vernehmung vorlädt, und daß die Gerichte erst die „Entschließung" des Justizministeriums darüber abzuwarten haben.

Das Schicksal der Ausgesteuerten

Der deutsche Arbeitsmarkt seit 1920.

Wieviel ausgesteuerte Erwerbslose gibt es in Deutschland? Auf diese Frage kann niemand eine richtige Antwort geben. Man ist auf Schätzungen angewiesen, die teilweise weit auseinander gehen.

Die amtlichen Zählungsergebnisse über die unterstützten Erwerbslosen im Deutschen Reich seit 1920 bieten zur Beurteilung dieser Frage einige bedeutsame Anhaltspunkte. Aus den Zahlen ergibt sich, daß im Jahre 1920 der Höchststand der Hauptunterstützungsempfänger 454 775, der niedrigste Stand 271 660 betrug. Im Jahre 1921 war der Höchststand 426 600, der niedrigste Stand 149 337. Diese Zahl erhöhte sich im März 1922 auf 212 526 und sank im Laufe des Jahres auf 11 671. Es ist anzunehmen, daß in den letzten acht Monaten des Jahres 1922 allgemein ein neuer Unterstützungsanspruch erworben werden konnte. Im Jahre 1923 beginnt die Arbeitslosigkeit wieder zu steigen. Am 1. August sind 139 016 unterstützte Erwerbslose als niedrigster Stand des Jahres 1923 vorhanden; am 15. Dezember ist die Zahl auf 1 487 659 gestiegen. Der 1. Januar 1924 verzeichnet 1 533 495 unterstützte Erwerbslose. Diese Zahl erhöhte sich am 15. Januar noch um 55 000, sinkt dann am 1. März auf 1 167 785 und am 15. April auf 462 499. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die hier wiedergegebenen Zahlen vom 1. August 1923 bis 15. April 1924 nur die unterstützten Erwerbslosen des unbesetzten Deutschlands wiedergeben, da für das besetzte Gebiet für diese Zeit zuverlässige Angaben wegen des Ruhrkampfes nicht vorliegen. Vom 1. Mai 1924 liegen wieder Zahlen für das gesamte Reichsgebiet vor. Der tiefste Stand ist am 1. Juni 1924 mit 401 958 zu verzeichnen. Im Februar 1925 steigt die Zahl der Unterstützungsempfänger auf 591 667, sinkt am 1. Juli auf 195 582 und beginnt dann wieder zu steigen, bis Ende Oktober auf rund 400 000, im November auf über 600 000, im Dezember auf 1 500 000, im Januar, Februar 1926 auf über zwei Millionen, sinkt dann wieder etwas, so daß der offizielle Stand am 15. Juni 1 749 111 ist.

Aus den hier wiedergegebenen Zahlen geht unzweifelhaft hervor, daß in den letzten Jahren bereits eine erhebliche Zahl von Erwerbslosen ausgesteuert wurden, die nunmehr auf die Wohlfahrtspflege angewiesen sind. Für die Beurteilung des Umfangs braucht man sich nur die folgenden Zahlen über den niedrigsten Stand der unterstützten Erwerbslosen in den letzten Jahren ins Gedächtnis zurückrufen: Am 1. August 1923 waren es 139 016, am 1. Juni 1924 waren es 401 958 und am 1. Juli 1925 waren es 195 582. Das Bild wird nicht erheblich günstiger, wenn man annimmt, daß die Beschäftigung bei Notstandsarbeiten vorwiegend mit Erwerbslosen erfolgte, deren Bezugsdauer ablief und die sich durch diese Beschäftigung einen neuen Unterstützungsanspruch erwarben.

Wenn das Reichsarbeitsministerium bisher glaubte, an diesen Tatsachen stillschweigend vorübergehen zu können und der Wohlfahrtspflege überließ, hier einzuspringen, so ist dieser bequeme Ausweg durch die neuere Entwicklung des Arbeitsmarktes ganz und gar unmöglich. Das Schicksal der Ausgesteuerten verlangt gebieterisch nach einer sozial befriedigenden Lösung. Welch überragende Bedeutung diese Frage von Tag zu Tag gewinnt, zeigen die amtlichen Veröffentlichungen über den Stand der unterstützenden Erwerbslosenfürsorge vom 15. Juni d. J. Danach waren 856 131 Erwerbslose mit längerer Unterstützungsdauer als 13 Wochen und 276 470 Erwerbslose mit längerer Unterstützungsdauer als 26 Wochen vorhanden. Das sind 1 132 601 Erwerbslose, die bereits über 13 Wochen unterstützt werden.

Man wird darauf antworten, daß der Reichsarbeitsminister, insbesondere auf Drängen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der Gewerkschaften die Höchstdauer für den Unterstützungsbezug auf 39 Wochen verlängert hat. Weitere 13 Wochen soll der öffentliche Arbeitsnachweis bewilligen, denn nach § 18 Abs. 3 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge besteht die Möglichkeit, daß zur Vermeidung unbilliger Härten die Stelle, die zur Entscheidung über die Unterstützung zuständig ist, die Fürsorge ausnahmsweise über das zulässige Höchstmaß hinaus verlängern kann, jedoch nicht um mehr als 13 Wochen.

Diese Regelung ist vollkommen unzureichend. Gewiß ist auf diese Weise die Gesamtunterstützungsdauer auf 52 Wochen ausgedehnt. Angesichts der Aussichtslosigkeit einer wesentlichen Besserung des Arbeitsmarktes in nächster Zeit genügt diese Regelung aber keineswegs. In dem Augenblick, wo die Zahl der Ausgesteuerten riesige Dimensionen anzunehmen droht, wäre es ein freventliches Spiel, das Schicksal der Ausgesteuerten von der Wohlfahrtspflege abhängig zu machen. Das muß zu einem Zusammenbruch der öffentlichen Fürsorge (Wohlfahrtspflege) führen. Wir haben bereits wiederholt den Nachweis geführt, daß schon jetzt die Durchführung der Fürsorgepflicht sehr viel zu wünschen übrig läßt; das wird noch viel schlimmer werden, wenn die finanzielle Belastung der öffentlichen Fürsorge durch Unterstützung großer Massen ausgesteuerter Erwerbsloser noch größer wird.

Der Hinweis, daß diese Gefahr nicht so akut ist, hält einer ernsthaften Prüfung nicht stand. Die bereits erwähnten Zahlen über die langfristig Erwerbslosen geben kein genügend klares Bild, weil sie nur unterscheiden zwischen einer Unterstützungsdauer von mehr als 13 Wochen und mehr als 26 Wochen. **Welche Fristen tatsächlich bereits**

zurückgelegt sind, darüber besagen sie nichts. Darauf kommt es aber schließlich an, wenn man errechnen will, wann der Zeitpunkt des Ausgesteuertseins eintritt. Es muß angenommen werden, daß von den 856 131 Erwerbslosen mit längerer Unterstützungsdauer als 13 Wochen die meisten am 15. Juni als Stichtag bereits an 26 Wochen herankamen und von den 276 470 Erwerbslosen mit längerer Unterstützungsdauer als 26 Wochen die meisten kurz vor dem Ausgesteuertwerden stehen. Das geht aus der Gesamtentwicklung der unterstützenden Erwerbslosenfürsorge hervor. Wir hatten am 15. September 1925 insgesamt 251 271 Unterstützungsempfänger; für diese ist also spätestens am 15. September d. J. die Unterstützungsdauer von 52 Wochen abgelaufen. Im Dezember 1925 hatten wir bereits 1½ Millionen unterstützte Erwerbslose; diese furchtbare Ziffer zeigt, mit welchen ungeheuren Massen von Ausgesteuerten wir bis Ende des Jahres zu rechnen haben.

Es geht nicht an, vor diesen furchtbaren Tatsachen noch länger die Augen zu verschließen. Das Reichsarbeitsministerium muß handeln; es muß bald dem Verwaltungsrat des Reichsamts für Arbeitsvermittlung Gelegenheit zur Stellungnahme geben.

Wechsel in der Reichskanzlei.

Staatssekretär Kempner durch einen Beamten ersetzt.

Wie das „Berliner Tageblatt" meldet, hat das Reichskabinett am Montag nachmittag, dem Vorschlage des Reichskanzlers entsprechend, beschlossen, einen Wechsel im Staatssekretariat der Reichskanzlei eintreten zu lassen. Danach wird Dr. Kempner von seinem Urlaub nicht wieder in das Amt zurückkehren. Als Nachfolger soll ein Beamter in Aussicht genommen sein.

Der Springer von Polkwitz.

Ein deutscher Musterrichter.

Das Musterexemplar eines deutschen Richters aus der Nachkriegszeit schien uns der Amtsgerichtsrat Springer in Polkwitz zu sein, der neben seiner beruflichen auch noch der Tätigkeit eines „Großmeisters" des Jungdeutschen Ordens obliegt.

Einige der hervorragendsten Leistungen dieses Rechtsprechers haben wir wiederholt öffentlich angenagelt, so z. B. jenes wahrhaft salomonische Urteil, das einen Rechtsradikalen von der Anklage des Hausfriedensbruchs freisprach mit der Begründung, die Besucher von Wählerversammlungen wollten sich gar nicht ernsthaft informieren, und deshalb hätte der Angeklagte das Recht gehabt, durch Klavierspiel und Veranstaltung eines Heldengesangs der „Vaterländischen" eine sozialdemokratische Wählerversammlung zu sprengen.

Wegen dieser und ähnlicher Urteilssprüche ist dem Herrn bisher kein Haar gekrümmt worden. Jedoch erfahren wir neuerdings, daß der Springer von Polkwitz am 1. Juni dieses Jahres mit halbem Gehalt vom Amt suspendiert wurde, weil gegen ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden ist. Der „Bruder Großmeister" hatte eines Tages im Vollgefühl seiner Macht auch einen Polkwitzer Anwalt samt dessen Gattin in Haft nehmen lassen. Ob wegen dieses ungewöhnlichen Vorgangs auch ein Disziplinarverfahren schwebt, konnten wir nicht ermitteln.

Dagegen ist endlich ein Strafverfahren eingeleitet wegen der ungeheuerlichen Eigenmächtigkeiten Springers, die wir in Nummer 137 des „Vorwärts" verzeichneten. Springer hatte über frühere Mitglieder des Jungdo die Sperre angedroht und sich in Briefen an sie einer Tonart bedient, die bei anderen Sterblichen sicher als Nötigung, wenn nicht als mehr, ausgelegt werden würde.

Wenn gegen einen Richter solcher Qualität jetzt endlich ein Verfahren eröffnet worden ist, so wollen wir das gern anerkennen als einen Versuch, Ordnung zu schaffen. Indessen kommt dieser Versuch reichlich spät, und es ist noch nicht aller Tage Abend. Man weiß nicht, wie die Disziplinarbehörden urteilen werden. Sie zu beeinflussen, werden jetzt schon alle Mittel angewandt. So zirkuliert seit Anfang Juni in Polkwitz und Umgegend schon ein Aufruf zur Unterschrift, der augenscheinlich dem Disziplinargericht eingereicht werden soll. Jungdo-Leute haben ihn verfaßt und „Honoratioren" des Ortes betteln um Unterschriften.

So will man der Justizverwaltung in den Arm fallen, nachdem sie sich endlich aufgerafft hat, einmal einem der politischen Richter ein bißchen auf die Finger zu klopfen.

Der Skandal von Magdeburg.

Eine Erklärung der Polizei.

Magdeburg, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Magdeburger Polizeibehörde hat es heute endlich für nötig gehalten, der Presse eine Erklärung über die Mordangelegenheit Helling abzugeben. Diese Erklärung lautet:

„Tiefgehende Erregung hat die Mordangelegenheit Helling in der Bevölkerung hervorgerufen. Im Hinblick auf die Tat und die Begleitumstände des Falles erscheint dies verständlich. Immerhin ist es notwendig, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren und die Dinge so anzusehen, wie sie in Wirklichkeit liegen. Das Verfahren befindet sich zurzeit im Stadium der gerichtlichen Untersuchung, in dem nicht über schuldig oder unschuldig irgendeiner Person geurteilt, sondern lediglich das Beweismaterial ermittelt wird, auf Grund dessen die Entscheidung zu erheben hat, ob gegen eine bestimmte Person die Anklage zu erheben ist oder nicht.

Der Schwerpunkt des Untersuchungsverfahrens liegt bei dem Gericht, d. h. derjenigen Instanz, die von dem Gesetz mit allen Garantien umgeben ist, um eine unparteiische und rein sachliche Wahrheitsfindung zu ermöglichen. Insbesondere entscheidet das Gericht über die Festnahme von Personen auf Grund der vorliegenden Verdachtsmomente. Die Polizeibehörde ist im wesentlichen nur insofern beteiligt, als sie den Gerichtsorganen zur Durchführung der Ermittlungen zur Seite steht. Im Interesse der Sache ist es aus begreiflichen Gründen unmöglich, die Oeffentlichkeit über die vorliegenden Verdachtsmomente zu unterrichten. Unter diesen Umständen kann an den besonnenen Teil der Bevölkerung nur die dringende Bitte gerichtet werden, das Ergebnis der Untersuchung abzuwarten. Politische Momente sind in der Angelegenheit, soweit sich dies bis jetzt übersehen läßt, nicht hervorgetreten."

Die Erklärung der Magdeburger Polizei ist vollkommen nichtssagend. Sie geht weder auf die schweren Anschuldigungen ein, die in der Oeffentlichkeit gegen sie erhoben worden sind, noch hält sie es für nötig, die Oeffentlichkeit über den wahren Stand der Mordangelegenheit Helling zu unterrichten. In dieser Stellungnahme der Magdeburger Polizeibehörde liegt eine Ueberheblichkeit und eine Brüskierung der Oeffentlichkeit, die manches verständlich macht. Es wird höchste Zeit, daß das preußische Innenministerium in Magdeburg gründlich nach dem Rechten sieht.

Ein Sammelruf von Wirth.

Größere republikanische Aktivität.

Der ehemalige Reichskanzler Wirth erläßt im „Berliner Tageblatt" einen „Aufruf an alle entschiedenen deutschen Republikaner" zur Schaffung einer festen republikanischen Union". Fünfzehn bis achtzehn Millionen deutsche Wähler und Wählerinnen, erklärt Dr. Wirth, sind für die Fragen des Volksstaates und des Volkswohls in Bewegung zu bringen, wenn führende Republikaner einigermaßen miteinander die Lage besprechen, Ziele und Wege festlegen. Die Voraussetzung dafür, daß eine solche Fühlungnahme möglich ist, liegt ausschließlich bei der Linken. Die Sozialdemokratie steht also wieder, wie in vergangenen Jahrzehnten, vor der Frage unbeweglicher Opposition zu Klassenstaat und Klassengesellschaft oder Einsetzung des Staatsbewußtseins der Arbeiter und Erweckung ihres Sinnes für die realen Zeitaufgaben und die zu ihrer Durchführung erforderliche Taktik."

Unter Berufung auf Ludwig Frank verlangt Dr. Wirth von der Sozialdemokratie die letztere Lösung. Zum Schluß verkündet er, daß er im kommenden Spätjahr mit einigen Freunden — er nennt den Genossen Paul Löbe und den Führer der Demokraten Ludwig Haas — versuchen werde, eine gemeinsame Basis für die Republikaner zur Vertiefung der Probleme der Deutschen Republik und für die politische Auswirkung der republikanischen Bewegung in Deutschland zu schaffen. . . . Die Reichsbannerleute und alle entschiedenen Republikaner von Konstanz bis Königsberg werden uns hören und ihre Scharen bereitwillig erneut dem Dienste an der Deutschen Republik zuführen."

Notstandsarbeiten.

Mitwirkung der Reichsarbeitsverwaltung.

Neben der Erteilung von Aufträgen an die Industrie und der Förderung der Ausfuhr und des Wohnungsbaues sieht die Reichsregierung, wie amtlich mitgeteilt wird, in ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm vor, auch künftig auf die verstärkte Durchführung von Notstandsarbeiten hinzuwirken, die sich in besonderem Maße für die Beschäftigung von ungelernten Arbeitern eignen. Die Besoldung dieser Arbeiten ergibt sich daraus, daß allein die Reichsarbeitsverwaltung in den Monaten April, Mai und Juni der Ausführung oder Fortführung von Unternehmungen mit einem Gesamtaufwand von 28 Millionen Mark, von denen 22 Millionen auf die Mittel der Erwerbslosenfürsorge entfallen, zugestimmt hat. Von diesen Arbeiten verdienen besonderes Interesse: in Preußen umfangreiche Straßenbauten, Hafenerweiterungsbauten und Regulierungsarbeiten, sowie Fortsetzung des Kanalbaues Kampe—Dörpen; in Bayern der Bau einer Bahn Viehpach—Gleibach, großzügige Graberschließungsarbeiten an der mittleren Isar und die Regulierung des Inn zwischen Ampfing und Ehrharting, in Sachsen Regulierung der Elster und Bau einer Talsperre bei Weiterswiese, in Thüringen und Hildburghausen größere Meliorationsarbeiten, in Hessen die Fortführung der Riedentwässerung, in Oldenburg die Fortsetzung des Kanalbaues Kampe—Wedelsberg.

Diese Unternehmungen stellen nur einen kleinen Ausschnitt aus dem Gesamtprogramm der Notstandsarbeiten dar, denn die Mitwirkung der Reichsarbeitsverwaltung bei der Anerkennung von Notstandsarbeiten ist, wie es in der amtlichen Verlautbarung weiter heißt, auf die Projekte beschränkt, bei denen die Beihilfe aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge den Betrag von 200 000 M. übersteigt. Die Anerkennung der weitaus zahlreicheren kleineren Unternehmungen ist, auch soweit Reichsmittel in Anspruch genommen werden sollen, den obersten Landesbehörden oder nachgeordneten Stellen überlassen. Der Umfang dieser Arbeiten ist zurzeit nicht zu übersehen.

Ehrenmal Ebert, Rathenau, Erzberger. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold errichtet auf dem Hohenstein, dem schönsten Naturpark des rheinisch-westfälischen Industriegebiets, den drei großen Republikanern Ebert, Rathenau und Erzberger ein Ehrenmal. Die Einweihung findet am 8. August statt.

Die Studentenwahlen in Heidelberg brachten den Linksgruppen einen großen Erfolg. Bei etwa 30 Proz. Wahlbeteiligung erhielten sie 12 Sitze, während sie bei den letzten Wahlen nur 8 von 22 erhalten haben. Besonders stark sind die völkischen Stimmen zurückgegangen. Auf der gemeinsamen republikanischen Liste kandidierten u. a. ein Sohn des badischen Finanzministers Köhler und eine Tochter des Reichsbankpräsidenten Schacht.

Dem sowjetrussischen Finanzkommissar Sokolnikow hat der amerikanische Staatssekretär des Innern das Betreten der Vereinigten Staaten verboten. Sokolnikow wollte nach New York kommen, um Kreditverhandlungen für Rußland zu eröffnen.

Das Urteil gegen den Ungarn Bisny. Der wegen provokatorischer Tätigkeit angeklagte Ungar Karl Bisny wurde nach einer Meldung der Telegraphenagentur der Sowjetunion vom Obersten Gerichtshof in Moskau zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Außerdem wurde die Konfiskation seines Eigentums verfügt.

Für einen neuen polnischen Zolltarif haben in Warschau die Vorarbeiten begonnen.

Der neue italienische Gesandte in Wien, Aluriti, hat dem österreichischen Gesandten sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Die Reise nach dem Mond.

Von Max Barthel.

Die Herberge in der kleinen Stadt war überfüllt. An den runden und viereckigen Tischen saßen die alten Tippelbrüder und erzählten große Geschichten. Ein junger Metallarbeiter namens Wagner kam sehr spät in diese Herberge, hörte nun die wüsten Gespräche um den Bissen Brot, und als der Wirt kam und sagte, es sei kein Bett mehr frei, auch die Tische und Bänke seien alle belegt, da atmete der junge Mensch auf, nahm sein Bündel und verließ die Gaststube. Er war zum erstenmal auf der Wanderschaft.

Die kleine Stadt schlief schon. Warm und weich lag sie am Fuße eines sanft aufsteigenden Berges, von dessen dunkler, gewölbter Kuppe die vielen Lichter eines Schlosses blitzten. Die Stadt selbst war schon verdunkelt. Nur die Gasthöfe waren noch erhellt. Licht war auch noch in den Fenstern dieses oder jenes Zimmers. Manchmal konnte der junge Mensch an den leuchtenden Scheiben das Schattenspiel sich bewegender Menschen sehen, das süße Spiel der Liebenden, die versunkene Ruhe vor dem Schlaf, die leidenschaftlichen Gebärden eines Streites, die Unruhe der Kinder, wie Flügelschlagen der Vögel vor der Nacht.

Bis vor drei Tagen noch hatte Wagner in einer großen Fabrik gearbeitet. Jetzt war er arbeitslos, und mit kühnem Entschluß hatte er sich in die Freiheit der Landschaft gerettet. Wohl liebte er die Stadt und war mit ihrem donnernden Alarm verwachsen, aber er liebte auch die Felder und die Wälder und entsann sich einiger Nächte, die er bis zum Morgengrauen durchwandert war. Er kannte schon die trunkene Süßigkeit des Morgens, der den Schlaf wie Honig brachte. Und nun war wieder eine Nacht da, eine große, weiche und sternenvolle. Ueber die Wälder kam der Mond, machte sie gläsern und schickte sie wie schwimmende Inseln durch das weiße, strömende Land.

Schöne Nacht über den Feldern und Wäldern! Schöne Nacht, in der das weite Land spielt und träumt, tausendmal stärker und herrlicher als ein Mensch mit seinen Gesichten. Großes Atemholen aller Dinge zwischen Sonnenuntergang und Sonnenaufgang! Solche Gedanken bestürmten sein Herz. Dann entsann er sich des Mondes, der in den Frühlingsnächten in seine Kammer geschienen hatte. Das war ein unsagbar schöner Mond am hellen Saume der Tage gewesen, ein herrlicher Pfirsichmond über den Kammern der armen Leute. Hoch und erhaben schwebte er vorbei. Wie ein Ziel. Wie eine Lichtansage. Und einmal war er auch aufgewacht, ehe die Mutter rief und ehe die Fabriksirene schrie, und da hatte er jenen Mond zum erstenmal gesehen. Er sah den Mond seiner Kindheit, den gelben, weißen, roten, schmalen, wilden, milden, satten, hungrigen und immer wechselnden Mond, der nun seine vollkommene Gestalt gefunden hatte, der über die Vorstadt rollte, im Niedergang noch blütenvoll war und in den Herzen die Sehnsucht weckte, einmal eine ganze Nacht seine Lichtbahn zu verfolgen.

Und diese Nacht verfolgte er die Lichtbahn des Mondes. Weit zurück lag die kleine Stadt mit der Herberge am Fuße des Berges, den das Schloß bekrönte. Ausgelöscht und vergessen waren die blitzenden Fenster der kleinen Häuser, sehr weit zurück lag auch und versunken im Ueberfluß des weißen Lichts der große rauschende Park am Rande der Stadt. Aber die Felder, Wiesen und Wälder versanken nicht. Sie schleiften, als seien sie unlösbar mit dem Monde verknüpft, lässig über der Erde und waren wie der einsame Wanderer auf der Wanderschaft.

In diesen Sommernächten beginnt oft über die schweigenden Felder und Wiesen Musik zu tönen, die jenseits der irdischen Tonleiter klingt und singt. Die leichten Winde berühren die Gräser und Blumen, und der Rhythmus ihrer Bewegung und der Duft ihrer Art vereinigt sich zu einem sanften Schleifen. Dunkle und schwermütige Stimmen kommen aus der Erde, aus den Quellen, aus dem ewigen Zusammenfließen des Wassers, aus dem saftseufzenden Gewirr der Wurzeln. Heller Silberschrei springt ganz tief empor, wo sich die Kristalle bauen. Der machtvollste Ton aber der Sommernachtssymphonie bricht aus dem Atemholen aller Dinge, aus den Feldern, den Wiesen, den Wäldern, aus der Nachtkühle und dem Flüstergange fern kreisender Sterne. Der Sommermond ist ganz kühl und tonlos, und doch ist es, als sei er der Meister allein, der in dieser verzauberten Nacht alle Stimmen, Schreie, Rufe, Seufzer und Geständnisse weckt und kühl und klar zusammenfügt und ordnet.

Auch Wagner, der Mann von den eisernen Maschinen, hörte diese nächtliche Musik. Auch sein Herz füllten diese ungeheuerlichen Stimmen aus. Am Rande einer großen Stadt war er aufgewachsen. Die Fabriken umlärmten schon seine frühesten Jahre. Die Maschinen und die Not der armen Leute hatten die silberhellen Märchen von den Elfen und von den Waldgeistern überschrien und zu Tode gespottet. In der großen Stadt müssen alle Kindermärchen sterben, und das andere Märchen vom elektrischen Singsang der Technik und von der Verzauberung der Materie durch die Arbeit kennen die wenigsten Menschen. Auch Wagner kannte dieses Märchen noch nicht.

Aber in jener Nacht, als er dem Monde nachlief und seine Verzauberung erlebte und die trunkenen Wälder und die unendlichen, lichterfüllten Felder sah und in den Duftwolken weiter Wiesen stand, da sah und erlebte er, der als Kind kein Märchen glauben konnte, doch mit innerlichen Augen das geisterhafte Volk uralter Träume. Und so wanderte er weiter durch die Nacht, erfüllt von der Musik der Landschaften. Das wußte er ganz genau: die großen Städte verändern das Angesicht der Welt, aber daß auch das Herz der Welt glücklicher schlage und nicht nur in hellen Mondnächten wundervoll pulsiere, darum also müssen sich auch die großen Städte verändern.

Solche Dinge dachte der junge Wanderer unter dem weißen, vollen Mond. Und als er alles zu Ende gedacht hatte, da kam die Müdigkeit und füllte sein Herz aus. Immer noch rollte der weiße Mond, immer noch glucksten selige Gewässer, immer noch schleiften die Winde, aber Wagner hörte nichts mehr von jener Musik. Traumlos verschlief er die letzten Stunden zum hellen Tag.

Durch das lichte Feuer eines schönen Morgens wanderte er weiter, und mit den singenden Vögeln stieg auch sein Lobgesang in den Himmel und suchte den unsichtbaren Mond, den großen Meister aller nächtlichen Dinge.

Internationale Hochschulkurse. Unter dem Protektorat des österreichischen Bundespräsidenten wird vom 6. bis 25. September ein internationaler Hochschulkursus in Wien abgehalten, zu dem als Vortragende neben hervorragenden österreichischen Gelehrten und Staatsmännern wie Staatskanzler Dr. Karl Renner, Prof. Dr. Mises, Minister Prof. Dr. von Wieser, Sektionschef Dr. Schüller eine Reihe deutscher, englischer und französischer Vortragender ersten Ranges gewonnen worden sind. Von deutschen Vortragenden seien genannt: Geheimrat Lujo Brentano (Arbeitsleistung); Prof. Dr. Götz Briefs, Berlin (Modernes Proletariat); Prof. Dr. Eckert, Köln (Handelspolitik); Prof. Dr. Alfred Manes, Berlin (Sozialversicherung); Reichsbankpräsident Dr. Schacht (Währungsstabilisierung); Prof. Dr. Oppenheim, Frankfurt a. M. (Der Staat); Prof. Dr. Weber, Heidelberg (Produktionspolitik). Aus England kommen die Professoren Wallas, Gregory und Mc. Gregor, aus Frankreich Caillaux, der über französische Finanzen sowie über französische Wirtschaft und europäische Wirtschaft sprechen wird.

Monologe als Kunstformen. Einen der größten Erfolge der englischen Theatersaison sicherte sich Ruth Draper mit einer nicht ganz gewöhnlichen Form der Vortragskunst, nämlich mit kleinen, als Monologe gespielten Szenen. Ruth Draper schreibt sich selbst ihre Skizzen, mit denen sie das breite Publikum begeistert. Sie spielt das Telephonfräulein, gibt eine Schilderung einer Kindergesellschaft in Amerika, bei der sich die Zuschauer zuerst mit einem gewissen Erschrecken bewußt werden, wie albern sich die Erwachsenen in Gegenwart von Kindern benehmen. Sie spielt auch drei Frauen, drei Emigrantinnen von Ellis Island; eine ihrer erfolgreichsten Skizzen sind „Sechs Personen in einer Kirche in Florenz", in der die Charakteristik der Typen so großartig durchgeführt ist, daß die Zuschauer meinen, die dargestellte Szene vor sich zu sehen. Ruth Draper geht in ihrer Kunst von der Behauptung aus, daß die Phantasie in dem heutigen Leben eine viel zu kleine Rolle spielt. Jede Kunstdarbietung wird dem Menschen in einer so fertigen Form gebracht, daß wenig Spielraum für die Phantasie übrig bleibt. Sie will gegen die Ueberfütterung der Phantasie, die jetzt schon in frühester Kindheit einsetzt, ankämpfen und glaubt, daß der große Erfolg ihres Auftretens in England auf den Wunsch des Zuschauers nach Beteiligung seiner eigenen Phantasie zurückzuführen ist.

Eine außerordentliche Professur für Luftfahrtwesen wird jetzt an der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg errichtet. Vom 1. Oktober ab übernimmt sie Dr. ing. Madelung als planmäßiger außerordentlicher Professor.

Ein Ausschreiben der van't Hoff-Stiftung. Die von dem großen holländischen Chemiker van't Hoff gegründete Stiftung, die ihren Sitz in Amsterdam hat und deren Verwaltung bei der dortigen Akademie der Wissenschaften ruht, stellt für das nächste Jahr etwa 1200 holländische Gulden für Forscher auf dem Gebiete der reinen oder angewandten Chemie zur Verfügung. Bewerbungen sind an das Büro der Akademie bis zum 1. November 1926 einzureichen.

Mißtrauen und Feindschaft in Paris.

Herriot ohne Finanzprogramm.

Paris, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das neue Kabinett Herriot umfaßt zu mehr als drei Viertel Vertreter des früheren Linkskartells, enthält allerdings keine Sozialisten, hingegen stellen Dariac und Colrat die Vertreter der Parteien des linken bürgerlichen Zentrums dar, deren Stimmen Herriot damit zu gewinnen hofft. Inwieweit diese beiden Minister jedoch dem Kabinett die parlamentarische Unterstützung ihrer Fraktionen bringen werden, bleibt sehr fraglich. Hat doch die Fraktion, der Dariac angehört, eine Entschließung gegen das neue Kabinett gefaßt; die Bedeutung Colrats, der eine Zeitlang sogar als Finanzminister genannt war, ist aber so gering, daß er als eine wesentliche Stütze des Kabinetts kaum in Frage kommt. Der parlamentarische Aberglaube nimmt überdies an, daß die Person Dariacs dem Kabinett Unglück bringen werde. Er war bis jetzt einmal Minister im Kriegsministerium Ribot, das am ersten Tage seines Bestehens vor der Kammer fiel. Die Rechtspresse zieht unter Hinweis darauf allerhand Vergleiche für die Zukunft der neuen Regierung. Im übrigen greift sie das neue Kabinett mit unerhörter Heftigkeit an. Aber auch die Linkspresse ist zum mindesten sehr zurückhaltend in ihren Urteilen, wenn nicht, wie z. B. die „Ere Nouvelle", ausgesprochen skeptisch, was die Zukunft des Kabinetts anbelangt.

Die Erklärungen, die der neue Finanzminister de Monzie noch am Montag abend vor Vertretern der Presse gemacht hat, lösten eine allgemeine Verblüffung aus. Er will nämlich zur Durchführung seiner Finanzpolitik, die einstweilen niemand kennt und die man sich vorläufig auch nicht gut vorstellen kann, da de Monzie bisher ebenso das Finanzprogramm der Rechten wie der Linken ablehnte, von der Kammer bereits in der Regierungserklärung gewisse „Handlungsfreiheiten", also Vollmachten verlangen, was er und seine Freunde, Herriot an der Spitze, Caillaux verweigert haben. Wie er seine Forderung der Kammer näher bringen will, ist die große Frage. Die Stimmung im Senat ist dem neuen Kabinett gegenüber ausgesprochen feindlich. Es wird also der ganzen Geschicklichkeit Herriots und seiner neuen Mitarbeiter bedürfen, wenn das neue Kabinett eine Mehrheit vor der Kammer finden will.

Die Uebermittlung von Börsenkursen durch Radio ist bis auf weiteres verboten worden.

„Ruhe und Arbeit."

Paris, 20. Juli. (EP.) Nach Verlassen des Ministeriums übergab gestern abend Innenminister Chautemps den Pressevertretern ein Communiqué folgenden Inhalts: „Die Regierung der republikanischen Union, die soeben gebildet worden ist, verfolgt nur einen Zweck: Die Verteidigung des Franken außerhalb jeden Parteigeistes. Sie verspricht dem Lande Energie und ersucht es um Ruhe, die ebenso wie die nationale Arbeit eines der unentbehrlichsten Elemente für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung des Landes ist.

Das neue Kabinett wird vor der Kammer am nächsten Donnerstag erscheinen.

Schuldendebatte in London.

England zahlt mehr als es erhält.

London, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Unterhaus gab es am Montag eine große Aussprache über die zwischen England und Frankreich zustande gekommene Schuldenregelung. Im Verlauf der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß die Stabilisierung der französischen Währung sowohl vom englischen wie vom europäischen Standpunkt aus zu begrüßen sei, da der fortschreitende Verfall des Franken dem europäischen Handel den größten Schaden zufüge. Für die Arbeiterpartei beanstandete Snowden, daß Frankreich und Italien in dem Schuldenabkommen besser gestellt worden seien als England gegenüber Amerika. Wenn Churchills optimistische Annahme zutreffe, jährlich von Deutschland 15 Millionen Pfund Sterling an Reparationen zu erhalten, werde England von Deutschland, Frankreich und Italien zusammen 33⅓ Millionen Pfund Sterling bekommen, während es selbst an Amerika 38 Millionen Pfund Sterling zu zahlen hat. In 15 Jahren würde, vorausgesetzt, daß die Schuldenabkommen noch in Kraft sind, Amerika, an sich das reichste Land der Welt, alljährlich von Europa 80 Millionen Pfund Sterling erhalten.

„Erbitterung gegen Amerika."

Churchill erklärte, er habe nicht den Wunsch, sich in Vorwürfen gegen das amerikanische Volk oder die amerikanischen Zeitungen zu ergehen. Jedoch behaupteten die Zeitungen, Mellon habe gesagt, die amerikanischen Anleihen an England wären nicht so sehr zur Beschaffung von Kriegsvorräten aufgenommen worden, sondern für allerlei andere Zwecke in England selbst und außerhalb Englands, und damit es England erspart werde, bei seinen eigenen Staatsangehörigen zu borgen. Dies stellt, sagt Churchill, ein unbestreitbares und gänzliches Mißverstehen der Dinge, wie sie wirklich liegen, dar. Und dieses Mißverständnis ist von so ernstem Charakter, daß ich beinahe geneigt bin, die Autentität dieser Stelle von Mellons Aeußerung anzuzweifeln. Alle Anleihen, die die Vereinigten Staaten den Alliierten gewährt haben, waren laut ausdrücklicher Bestimmung des amerikanischen Kongresses nur zur Durchführung des Krieges bestimmt. Für jeden geliehenen Cent hat das amerikanische Schatzamt Abrechnung verlangt und erhalten. Jeder Cent ist in den Vereinigten Staaten ausgegeben worden. Es besteht schon wegen dieser Schuld beträchtliche Erbitterung und Verstimmung, und es ist wichtig, daß diese Verbitterung durch Mißverständnisse über den tatsächlichen Sachverhalt nicht noch gesteigert wird.

Strafrechtlicher Schutz des Staatskredites soll in Belgien eingeführt werden. Ein Regierungsentwurf sieht vor, Gefängnisstrafen von zwei Monaten bis zu zwei Jahren und Geldstrafen von 1000 bis 3000 Franken für die Verfasser von Preßartikeln, die geeignet sind, den Kredit des Landes zu beeinträchtigen.

Der Mossulvertrag ist ratifiziert worden.

Bei Kalkutta griffen Mohammedaner von neuem eine Hinduprozession an. Dabei wurden sieben Hindus getötet und eine große Anzahl verletzt.

Zur Kalenderreform stellte die Verkehrskommission des Völkerbundes fest, daß von seiten der hohen kirchlichen Behörden gegen eine Festlegung des Datums des Osterfestes keine Opposition gemacht wird, die prinzipieller Art wäre, und daß aus zivilen Kreisen keine Einwände erhoben werden. Die Kommission beschloß, die Bundesversammlung auf den Stand dieses Problems aufmerksam zu machen, und ersuchte sie, mit dem Wunsche um Festlegung des Osterfestes an die zuständigen staatlichen Behörden heranzutreten.

„Ein Poet, Philosoph und guter Mensch." Mit diesen Worten beschrieb Wickham Steed, der frühere Chefredakteur der „Times", bei einem Besuch in Warschau den Eindruck, den Marschall Pilsudski auf ihn machte.

Der Mückensommer.

Aus allen Teilen Deutschlands kommen Mitteilungen, wie sehr der Aufenthalt im Freien — hauptsächlich an den Flußufern — durch das ganz ungemein starke Auftreten der Mücken in diesem Jahr beeinträchtigt wird. Die vielen großen Unwetter in Verbindung mit den Ueberschwemmungen, denen eine außerordentliche Wärmeperiode folgte, bringen jene Atmosphäre, in der diese Insekten am besten gedeihen. Ihre Opfer sind die armen Luft- und Lichthungrigen, die in den heißen Sommernächten der stickigen Großstadt entfliehen wollen. Sie ziehen, bewaffnet mit Proviant und Zeltbahnen, möglichst schon Sonnabend nachmittag los, suchen sich das ersehnte Paradies im Freien und schlagen, nichts Böses ahnend, ihre Zelte auf. Statt des kräftigenden Schlafes gibt's aber einen verzweifelten Nachtkampf. Die Mücken rücken langsam an, werden immer zahlreicher und erzwingen sich — sei das Zelt auch noch so gut gedichtet — irgendwo den Eingang. Zehn schlägt man tot und hundert sind wieder da. Das Gemetzel dauert die ganze Nacht bis in den hellen Vormittag hinein. Zerstochen, verschwollen, unausgeschlafen und verärgert zieht der Besiegte von dannen. Und wie köstlich hatte er sich diese Nacht in freier Natur gedacht! Manchmal läßt ihn der schöne Morgen nach und nach die Qualen der Nacht vergessen, aber der an hundert Stellen von den Mückenstichen geschwollene Körper erinnert ihn noch tagelang an die „Nacht im Freien".

*

Besonders aus dem Spreewaldgebiet gehen uns Klagen über die ungeheuerliche Mückenplage zu:

Die Bevölkerung des Spreewaldgebietes hat unter dem Hochsommer doppelt zu leiden. Nicht nur daß die Hochwasser in diesem schon immer von Ueberschwemmungen heimgesuchten Gebiet fast die gesamte Ernte vernichtet haben. Die Spreewälder harren in diesem Jahre umsonst auf ihre Sommergäste. Die andauernde Feuchtigkeit hat noch die Mückenplage gebracht, von einem Ausmaß, das selbst für den Spreewald ungewöhnlich ist. Zu tausenden treiben tote Mücken auf dem Wasser, stellenweis bilden sie eine dicke Kruste. Auch der Fischbestand des Spreewaldes hat sicher auf Jahre hinaus schweren Schaden erlitten. An einer bisher unbekannten Ursache sind Tausende von Fischen gestorben. Scharenweis treiben die toten Fische, darunter Hechte und Karpfen, stromabwärts. Wegen Seuchengefahr sind die Badeanstalten in Lübben geschlossen. Das Baden in öffentlichen Gewässern ist verboten.

Die neue Verhaftung Keils.

Wo sind die „Interessenten"-Einlagen geblieben?

Wie wir gestern bereits in der Lage waren mitzuteilen, wurde der „Wettkonzern" des Herrn Arthur Keil Montag früh polizeilich geschlossen und Keil verhaftet.

Das Wettunternehmen war Anfang April dieses Jahres von Arthur Keil mit einer großen Reklame aufgezogen worden. Er versprach eine monatliche Verzinsung bis zu 65 M. Die Verwaltung und Auszahlung der Gelder sollte in den Händen einer Treuhandgesellschaft liegen. Es konnte festgestellt werden, daß in den verschiedensten Zahlstellen, die sich in allen Stadtteilen befanden, bis zum Juni etwa 4600 Mark eingezahlt worden waren. Als die Untersuchungskommission eingesetzt wurde, änderte Keil das Wettsystem in ein Sparsystem um. Die Leute sollten auf eine Einlage von 50 Pf. eine Betätigungsmarke mit dem Bildnis des Unternehmers erhalten. Wenn sie 20 solche Marken geklebt hatten, die in einem Buche vereinigt waren, so wurde ihnen die Einlage auf Wunsch einschließlich 10 Proz. Zinsen zurückgezahlt. Sie konnten es aber auch im Betriebe stehen lassen und weiterkleben. Weil hier die Leute tatsächlich einen Erfolg sahen, so bewährte sich das System und es wurden viele Einzahlungen gemacht. Die Nachforschungen der Prüfungskommission ergaben, daß Keil die bis zum Mai dieses Jahres erfolgten Einlagen ordnungsmäßig bei der Treuhandgesellschaft hinterlegt hat, vom Mai an aber fehlt jeder Nachweis über die Verwendung der Spargelder. Die Bücher des Unternehmens sind beschlagnahmt und Sachverständigen zur Prüfung übergeben worden. In den Verlagsräumen in der Friedrichstr. 66, die 15 Zimmer umfassen, saßen eine ganze Reihe von Angestellten, die nach ihrer eigenen Aussage nichts zu tun hatten. Ueberall waren Filialleiter, Botenjungen und anderes Personal angestellt, die „Interessenteneinlagen" von 20 bis zu 1000 M. hinterlegt hatten. Dafür war ihnen eine Gewinnbeteiligung zugesichert. Es hat sich nun ergeben, daß nach Einzahlung der Interessenteneinlage die Angestellten bald wieder entlassen wurden, ohne daß man ihnen ihre Gelder aushändigte. Der Verlag vertrieb außerdem in letzter Zeit eine Zeitschrift, die sich „Die Freiheit" betitelte. Aber auch dieser Versuch erwies sich als ein Mißgriff. Der finanzielle Erfolg blieb aus. Sparer, Angestellte und andere Personen, die Forderungen geltend zu machen haben, werden ersucht, sich bei Kriminalkommissar Dr. Wächter im Zimmer 547c des Polizeipräsidiums zu melden.

Das Promotionsrecht der Handelshochschule.

Die Berliner Handelshochschule ist durch einen Vertrag der preußischen Staatsregierung mit der Handels- und Industriekammer in die Reihe der Institute aufgerückt, die das Recht der Doktorpromotion haben. Das Rektorat der Berliner Handelshochschule, vor allem Prof. Dr. Nicklisch, haben einen jahrelangen Kampf geführt um die Zusammenlegung der Handelshochschule mit der Technischen Hochschule zu verhindern und zu erreichen, daß die Betriebswirtschaftslehre als abgeschlossene Wissenschaft Geltung erhält. Am 16. Juli diesen Jahres ist der Vertrag zustandegekommen, nach dem auch die Berliner Handelshochschule — ähnlich wie in Köln und Frankfurt a. M. neue Studienordnung erhalten hat. Diese Neuordnung des Studiums bestimmt, daß Voraussetzung für das Studium das Abiturientenexamen ist und statt wie bisher vier jetzt sechs Semester absolviert werden müssen. Nach acht Semestern kann der Student durch eine Prüfung den Doktortitel „Dr. oec." (oeconomie) erlangen.

Den fünfzigsten Geburtstag des Prof. Dr. Nicklisch nahm die Studentenschaft der Handelshochschule zum Anlaß, um ihren Dank abzustatten für die aufopferungsvolle Tätigkeit, die Nicklisch zur Erreichung des Rechtes der Doktorpromotion geleistet hat. E. Wolff, der Vorsitzende der Studentenschaft, zeichnete in seiner Ansprache ein Lebensbild des Jubilars.

Für die Staatsregierung überreichte Geheimrat Kühne einen Erlaß, wonach der Rektor der Handelshochschule den Titel „Magnifizenz" erhält.

Die Feier zeichnete sich im Gegensatz zu anderen Studentenkundgebungen dadurch aus, daß auch von der verantwortlichen Mitarbeit im Staate und von der Bedeutung guter Wirtschaftsköpfe gesprochen wurde.

Die Chauffeure protestieren.

Die vom Berliner Polizeipräsidenten vor einigen Tagen veröffentlichten neuen Zulassungsbedingungen für Kraftdroschken haben in den Kreisen der Interessenten lebhafte Beunruhigung hervorgerufen, da man auf den Standpunkt steht, daß verschiedene der neuen Bestimmungen den wirtschaftlichen Interessen der Droschkenbesitzer zuwiderlaufen und auch auf die Wünsche des fahrenden Publikums nicht in genügendem Maße Rücksicht nehmen. Ganz besonderen Unwillen der Kraftdroschkenbesitzer hat die Bestimmung hervorgerufen, daß in Zukunft nur noch geschlossene Droschken oder Landaulets zugelassen werden sollen. Ferner hält man das Verbot, demzufolge der Platz neben dem Chauffeur nicht mehr von Fahrgästen benutzt werden darf, für durchaus unzweckmäßig. Eine solche Maßnahme könnte nur mit Rücksicht auf die Verkehrssicherheit beschlossen werden, wenn sie in gleicher Weise für sämtliche Automobile und nicht nur ausschließlich für die Kraftdroschken durchgeführt würde. Am gestrigen Tage fand eine Besprechung zwischen den in der Arbeitsgemeinschaft für das Kraftdroschkengewerbe vereinigten Vertretern der Industrie und der Kraftdroschkenbesitzer statt, in der beschlossen wurde, sich an den Berliner Polizeipräsidenten zu wenden und ihm selbst noch einmal die Wünsche und Bedenken des Kraftdroschkengewerbes vorzutragen.

Rangierers Sterben.

Zwei Eisenbahnarbeiter am Bahnhof Wedding getötet.

Ein folgenschweres Unglück, bei dem 2 Eisenbahnarbeiter getötet wurden, ereignete sich gestern Nacht gegen 2.30 Uhr auf dem Bahnkörper der Stadtbahn kurz hinter dem Bahnhof Wedding.

Der 50jährige Rangierführer Köhn aus der Sellerstraße 3 ging zusammen mit dem 29jährigen Hilfsweichensteller Behrendt aus der Uckermünderstraße 2 zwischen den Geleisen entlang, als von hinten plötzlich der Personalzug 3772, der sich auf der Fahrt nach Weißensee befand, nahte. Der Zug fuhr auf einem Nebengeleis, da auf dem Hauptgeleis Bauarbeiten ausgeführt werden. Köhn und Behrendt, die den Zug wahrscheinlich auf diesem Geleis nicht vermuteten, wurden erfaßt und überfahren. Sie waren auf der Stelle tot. Die Leichen wurden nach dem Schauhaus gebracht. Die Polizei ist noch mit der weiteren Klärung des Vorfalles beschäftigt.

Wieder fünf Personen beim Baden ertrunken.

Im Wannsee ertrank gestern nachmittag der 27jährige Kaufmann Hugo Reuter aus der Belziger Str. 60. Im Freibad Heiligensee ging der 43jährige Graveur Gottfried Volkmar aus der Ködelstr. 16 zu Reinickendorf-West plötzlich unter. Der Bademeister sprang sofort nach und holte den Ertrunkenen nach wenigen Minuten an Land. Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg. Ein herbeigerufener Arzt stellte den Tod infolge Gehirnschlages fest. Im Freibad Wilhelmstrand ertrank gestern nachmittag der Arbeitslose Geibel aus der Mühlenstr. 65. Im Freibad Schmetterlingshorst der 37jährige Lagerverwalter Arnold von Kähnel aus der Görlitzer Straße und der Holzbautechniker Heinz Meye aus der Sebastianstr. 33.

Groß-Flugtag auf der Grunewald-Rennbahn. Am Sonntag, den 25. Juli, nachmittags 4 Uhr, veranstaltet die Gesellschaft für deutsches Flugwesen m. b. H., Berlin, einen Großflugtag auf der Rennbahn Grunewald. Neben vorgeschriebenem Figurenkunstfliegen, Fallschirmzielabspringen und Luftringen werden Passagierflüge stattfinden.

Empfang der Wiener „Typographia" in Berlin. Der Oesterreichisch-Deutsche Volksbund veranstaltet für die Freitag, den 23. d. M., in Berlin eintreffende Wiener „Typographia" abends 8 Uhr im Reichstag unter Vorsitz des Reichstagspräsidenten Löbe einen offiziellen Empfangsabend, zu dem die Vertreter der staatlichen und kommunalen Behörden eingeladen sind. Polizeivizepräsident Friedensburg wird eine Ansprache halten. Ein Begrüßungschor wird von der Berliner „Typographia" gesungen werden. An den offiziellen Empfang wird sich ein Kommers in der Wandelhalle des Reichstags anschließen. Einladungen und Eintrittskarten (2 M.) im Bureau des Volksbunds, Schloß Bellevue.

Selbstmord im Untersuchungsgefängnis. Im Untersuchungsgefängnis beging der 53jährige Schuldiener Johann Keßler Selbstmord. Keßler war in der vorigen Woche vom Schöffengericht Mitte zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil er überführt und geständig war, seit zwei Jahren sich an minderjährigen Schülerinnen der Mädchenschule in der Hannoverschen Straße, in der er als Schulhausmeister tätig war, in schwerster Weise sittlich vergangen zu haben. Das Gericht hatte den Fall so schwer gefunden, daß es noch weit über den Antrag des Staatsanwalts im Urteil hinausgegangen war. Gestern früh fand man Keßler entseelt in seiner Zelle vor. Er hatte selbst Hand an sich gelegt.

Hundekadaver in der Havel. Vor kurzem wurden vom Reichswasserschutz in der Havel bei Pichelsdorf, am Stößensee, und noch weiter hinauf nicht weniger als 15 Hundekadaver geborgen, die teilweise schon in starke Verwesung übergegangen waren. Die obengenannte Zahl bleibt kaum hinter denen der Vortage zurück, denn kein Tag vergeht, ohne daß nicht eine größere Anzahl von Tierleichen aus dem Wasser herausgefischt werden muß. Für die Wassersportler und Erholungsuchenden ist dieser Zustand auf die Dauer unerträglich und es ist zu hoffen, daß die Polizei energische Maßnahmen ergreift, um diesem Uebel abzuhelfen und die Täter, die so wenig Rücksicht auf die Mitwelt nehmen, exemplarisch bestraft.

Platzkonzert auf der Weberwiese. Der bekannte „Gemischte Chor Groß-Berlin" veranstaltet auf Veranlassung des Volksbildungsamtes Friedrichshain am Mittwoch, den 21. Juli, abends 8 Uhr, auf der Weberwiese ein Platzkonzert, dessen Programm alle und allgemein beliebte Volkslieder zugrunde gelegt sind.

Eine billige achttägige Riesengebirgsreise unter sachkundiger Führung veranstaltet der Zentralverband der Angestellten in der Zeit vom Sonnabend, den 14. August (Abfahrt abends 11½ Uhr) bis einschließlich Sonnabend, den 21. August 1926 (Rückkehr Sonntag früh). Die Teilnehmerkosten für Mitglieder und deren Angehörige betragen 60.— Mark und umfassen: Fahrtkosten Berlin—Oberschreiberhau und zurück, erstklassige Hotelverpflegung (1. Frühstück und Mittagessen), Uebernachtung im Hotel, Besichtigungs- und sonstige Fahrtkosten. Anmeldungen mit Anzahlung von 10.— Mark müssen bis zum 26. Juli 1926 im Verbandsbureau Belle-Alliance-Straße 7-10 am Schalter „Kasse" erfolgen. Dort wird auch gern jede weitere Auskunft über die Wanderung erteilt. Da an der Wanderung im Höchstfall 30 Personen teilnehmen, ist die sofortige Anmeldung dringend zu empfehlen.

Schweres Eisenbahnunglück in Leipzig.

Ein Toter, sieben Verletzte.

Leipzig, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich am Montag in Leipzig-Plagwitz. Der von Leipzig-Plagwitz abfahrende Personenzug entgleiste hinter der Schwartzebrücke. Die Lokomotive stürzte um, ebenso hingen die fünf nachfolgenden Wagen mit den linken Rädern in freier Luft. Der Zug war dicht von Arbeitern besetzt, die von ihrer Arbeitsstätte nach Hause wollten. Durch das Unglück wurde ein Arbeiter, dem beide Beine abgerissen wurden, tödlich, sieben weitere teils schwer, teils leicht verletzt. Es wird vermutet, daß der Unfall auf einen Weichenbruch zurückzuführen ist.

Ein Ehrenmal für Ebert, Erzberger und Rathenau.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold will den drei hervorragenden Republikanern, dem ersten Reichspräsidenten Ebert und den Reichsministern Erzberger und Rathenau ein gemeinsames Ehrenmal errichten. Am 8. August wird gemeinsam mit der Verfassungsgedenkfeier die Einweihung auf dem Hohenstein bei Witten an der Ruhr stattfinden.

Zwei Personen vom Blitz erschlagen. Bei Lechgau, Oberamt Besigheim suchten gestern nachmittag während eines Gewitters sieben Personen unter einem Baum Schutz. Der Blitz schlug ein und tötete einen 24jährigen Mann und ein 17jähriges Mädchen. Zwei weitere Personen wurden schwer verletzt.

Explosion bei St. Quentin. In der Papierfabrik von Alaincourt bei St. Quentin sind infolge Explosion eines Papierbereitungskessels sechs Arbeiter getötet und dreizehn zum Teil schwer verletzt worden.

Gewerkschaftsbewegung

Arbeitsbeschaffung bei der Reichsbahn.

Generalversammlung des Einheitsverbandes.

Am 15. Juli hielt die Ortsgruppe Berlin ihre Generalversammlung für das zweite Vierteljahr im großen Saal des Gewerkschaftshauses ab. Ueber die **Bedeutung der Reichsbahn** im Wirtschaftsleben referierte das Vorstandsmitglied **Jahn**. Der Redner schilderte einleitend die Umstellung von Reichsbahn zur Reichsbahngesellschaft. Gestützt auf reichhaltiges einwandfreies Material wies Jahn die von der Reichsbahngesellschaft betriebene Reparatur- und Personalpolitik als falsche nach. Interessant waren auch die Ausführungen des Redners über die noch **vorgesehenen Abbaumaßnahmen in den Hauptwerkstätten** im Zusammenhang mit der fortschreitenden **Elektrifizierung** der Reichsbahn. In der Bahnunterhaltung sei die Durcharbeitung von über 9000 Gleiskilometern im Rückstand. Die Bearbeitung bietet die Möglichkeit,

für über 100 000 Arbeitslose Lohn und Brot zu schaffen.

Als ein Erfolg der Einheitsorganisation müsse es bezeichnet werden, daß es gelungen ist, bei den jetzigen Umbaumaßnahmen der Bahnunterhaltung das Geschäft mit dem Schwerindustriellen **Klöckner** in Höhe von 350 Millionen Mark zu zerschlagen. Jahn ging dann auf das vom Einheitsverband ausgearbeitete Arbeitsbeschaffungsprogramm ein, das in nachstehender Resolution angenommen wurde:

„Auf der 4. Bundesausschußtagung des ADGB. in Düsseldorf hat der Herr Reichswirtschaftsminister Dr. **Curtius** darauf hingewiesen, daß u. a. auch die Eisenbahn bei der Behebung der Arbeitslosigkeit als Beschaffungsstelle einzusetzen sei. Die Reichsbahn soll bereits begonnene Bauten zu Ende führen, die sich aus 280 Kilometer Gleisbau, Tunnelbau sowie Hochbauten zusammensetzen.

Darüber hinaus fordert die Generalversammlung der Ortsgruppe **Berlin** des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands die sofortige Inangriffnahme des in der **Denkschrift des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands** vom 15. März 1926 näher bezeichneten **Gleisbauprogramms**. Diese sieht den für die Betriebssicherheit der Reichsbahn unbedingt notwendigen einmaligen

Umbau von 9000 Restgleiskilometern aus der Kriegs- und Inflationszeit

vor. Bei Durchführung dieses Programms würden nicht nur bei der Reichsbahn allein **72 115** Menschen über den zurzeit bestehenden Personalstand hinaus Beschäftigung finden, sondern auch in der Eisen-, Holz-, Erde- und Steinindustrie weitere Zehntausende in den Produktionsprozeß eingegliedert werden können. Die laufenden Um- und Erneuerungsbauten dürfen hierbei keinerlei Einschränkung erfahren.

Soll durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung die Arbeitslosigkeit gemindert werden, so erscheint es selbstverständlich, daß bei der Reichsbahn nunmehr **jedweder Abbau** — sei es durch Stillegung, Entlassung oder Rücküberführung aus dem Beamten- in das Arbeiterverhältnis — **eingestellt werden** muß. Die ganze Aktion der Regierung würde verpuffen, wenn aus der größten Beschaffungsstelle des Reiches — also der Reichsbahn — **weiterhin Tausende in das Erwerbslosenheer** abgestoßen werden.

Die Generalversammlung erwartet daher von der Reichsregierung und der Oeffentlichkeit, daß ihre Forderung entsprechende Beachtung findet.

keinerlei Schließung von Werkstätten

mehr erfolgt und die **zurückgestellten Arbeiten**, wie Verstärkung und Ergänzung der Stoßvorrichtungen, sowie Ausrüstung der D-Zug-Wagen mit motorischer Beleuchtung und Einbau brennstoffsparender Einrichtungen in die Loks **in eigener Regie baldigst ausgeführt werden**."

Den Geschäftsbericht gab **Winkler**. Die zwischen Reichsbahn und Personal bestehenden Gegensätze würden künftig noch viel schärfer als bisher aufeinanderprallen. Der Name **Dorpmüller** besage alles. Infolge der Durchführung des **Schiedsspruches** vom 29. Dezember 1925 ist auch das Lohnniveau für die **ungelernten** Arbeiter etwas gehoben. Durch ihren Beitritt geben die Ungelernten zu erkennen, daß sie ihre Interessen am besten durch den Einheitsverband gewahrt wissen.

Ein Erfolg für die Organisation ist auch der Ausgang der **Betriebsrätewahlen**. Fast 200 unorganisierte Betriebsräte haben sich auf der Liste des Einheitsverbandes wählen lassen. Hinsichtlich der Aenderung der jetzigen Arbeitszeit und Arbeitsmethoden haben die Eisenbahner noch schwere Kämpfe zu gewärtigen. Das Vertrauen zur Organisation drückt sich in der fortwährenden Steigerung der Mitgliedsziffer und der guten Beitragsleistung aus. Für die **Arbeiterinnen** gelang es in den Fällen, in denen sich der Lohn infolge der Herabsetzung der Ortszulage am 1. Juli verminderte, den überschießenden Betrag als Ausgleichszulage beizubehalten. Für die Beamten wurden verschiedene Erleichterungen der Urlaubsfrage geschaffen. Die Entwicklung könnte besser sein, wenn nicht gewisse Vorurteile bei den Beamten noch immer im Wege ständen.

Der unternommene Vorstoß gegen den Bahnschutz hat infolge des starken Widerstandes der Berliner Polizei nicht zu vollem Erfolg geführt. In nächster Zeit wird auf diesem Gebiete mehr Klarheit geschaffen werden. Für die beim Spritzverfahren in den Ausbesserungswerken beschäftigten Arbeiter war die Propaganda des Hauptvorstandes auf der „Gesolei" zur

Beschaffung einwandfreier Respiratoren- und Absaugevorrichtungen

erfolgreich. Die Entwicklung der Berliner Ortsgruppe bewegte sich in aufsteigender Linie. Aus dem **Kassenbericht**, den Jaser gab, ging hervor, daß die Kassenverhältnisse stabil geblieben sind. Bemerkenswert ist die starke Inanspruchnahme der Unterstützungseinrichtungen.

Die Diskussionsredner waren mit dem Geschäfts- und Kassenbericht, von einigen Wünschen abgesehen, einverstanden.

Der Schiedsspruch für den Einzelhandel.

„Ermäßigung" der Angestelltengehälter.

Der Vorsitzende der Ortsgruppe Berlin des ZdA., Genosse **Gottfurcht**, berichtete am Montag in der Versammlung der Einzelhandelsangestellten in den Sophiensälen über das Ergebnis der Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß. Bekanntlich hatte die **Einzelhandelsgemeinschaft Groß-Berlin** den **Gehaltstarif zum 31. Juli gekündigt** und einen **Gehaltsabbau bis zu 25 Proz.** gefordert. Es wirkte bei den Verhandlungen geradezu grotesk, daß der Vorsitzende der Einzelhandelsgemeinschaft, Herr **Grünfeld**, die Notwendigkeit des Abbaues begründete, der sich bisher stets **gegen den Abbau in der Industrie** ausgesprochen hatte, weil dadurch der Einzelhandel zugrunde gehen müsse. Die Verhandlungen ließen klar erkennen, daß es den Unternehmern nur auf ein Mitmachen der Abbaumanie ankommt. Die von ihnen vorgebrachten Argumente wurden von den Angestelltenvertretern glatt widerlegt.

Nach 8½ **stündigen Verhandlungen** fällte der Schlichtungsausschuß einen **Schiedsspruch**, nach dem die bisherigen niedrigen **Gehälter der Lehrlinge und Angestellten bis zum 20. Lebensjahre** einschließlich **unverändert** bestehen bleiben. In den anderen Gruppen wurde eine Kürzung der Gehälter vorgenommen, die zwar den Forderungen der Unternehmer nicht voll entspricht, aber mit 2 Mark beginnt und **bis zu 30 Mark** geht.

Im Gegensatz zu der Forderung der Unternehmer, daß die verkürzten Gehälter bereits **rückwirkend** vom 1. Juli bis 31. März 1927 gelten sollten, sieht der Schiedsspruch eine **Geltungsdauer vom 1. August bis 31. Dezember 1926** vor. Die **sozialen Zulagen** von 5 bzw. 10 Mark monatlich, die die Unternehmer auch beseitigt wissen wollten, bleiben **bestehen**.

Genosse **Gottfurcht** bedauerte diesen Schiedsspruch, doch sei es der Tarifkommission leider **nicht** mehr möglich gewesen, den Abbau überhaupt abzuwehren. Gottfurcht wie auch die Genossin **Ellert** forderten die Anwesenden auf, die Zeit bis zum Ablauf dieses neuen Gehaltsabkommens zu nutzen und eine rege Agitation unter den Einzelhandelsangestellten zu entfalten, damit es im Dezember gelingt, durch eine bessere Organisation der Angestellten die Scharte wieder auszuwetzen.

Die Gehälter im Einzelhandel beginnen für männliche ausgelernte Angestellte mit 80 Mark im Monat, weibliche 70 Mark in Gruppe I, mit 140 bzw. 130 Mark — ab 1. August mit 130 bzw. 120 Mark — in Gruppe II, mit 170 bzw. 150 Mark — ab 1. August mit 160 bzw. 140 Mark — in Gruppe III und mit 250 bzw. 220 Mark — fortab 230 bzw. 200 Mark — in Gruppe IV. Die **Höchstgehälter** von 380 Mark für männliche und 313 Mark für weibliche Angestellte sind auf 350 bzw. 285 Mark herabgedrückt.

Im Berliner Einzelhandel werden etwa 40 000 Angestellte beschäftigt. Wären diese Angestellten so gut organisiert, wie sie es nicht sind, gehörten sie der freigewerkschaftlichen Organisation im AfA-Bunde, dem Zentralverband der Angestellten, allesamt an, dann konnte diese Gehaltskürzung abgewehrt werden. Die Unorganisierten oder Halborganisierten können sich jetzt genau ausrechnen, was sie bei der Ersparung der Verbandsbeiträge eingebüßt haben und wie groß der Schaden ist, den sie ihren organisierten Kollegen und Kolleginnen zugefügt haben.

Die Polizei.

Nach einer TU.-Meldung aus Prag kam es am 16. Juli in Brünn „anläßlich der Verhandlungen des neuen Generaldirektors der ersten **Brünner Maschinenfabrik** mit den Vertretern der Arbeitsgemeinschaft wegen der von dem Direktor geäußerten Absicht, **450 Arbeiter zu entlassen und die Löhne um 10 bis 40 Proz. herabzusetzen**, zu einer sofortigen **Arbeitseinstellung** der gesamten Arbeiterschaft dieses Unternehmens. Erst den Bemühungen der Vertrauensmänner gelang es, die Arbeiter wieder zur Arbeitsaufnahme zu bewegen." Der Schlußsatz muß besonders gelesen werden: **„Die Polizei hielt sich auf Wunsch des Unternehmers** in der Nähe **in Bereitschaft."**

Es genügt also der Wunsch irgendeines Unternehmers, um die Polizei zu seiner Verfügung zu haben. **Die Polizei tanzt, weil die Unternehmer pfeifen.** Sie fragt nicht nach den Gründen. Ob der neue Generalantreiber mit seiner provokatorischen Entlassungsdrohung eine Lohnkürzung bis zu 40 Proz. zu erpressen versucht und so „seine Leute" schier zur Verzweiflung treibt, das kümmert die Polizei natürlich nicht. Es fällt ihr nicht ein, einen solchen skrupellosen Provokateur in Schutzhaft zu nehmen. Nein, sie hält sich auf den Wink des Unternehmers in „Bereitschaft" — **gegen die Arbeiter.**

Das ist es, diese Parteilichkeit zugunsten des Unternehmertums, was die „Polizei" bei der Arbeitnehmerschaft so sehr — beliebt macht. In der **Tschechoslowakei!** In **Deutschland** aber soll so etwas nicht vorkommen; höchstens bei einem Streik oder einer Aussperrung.

Der Friedrich-Hegar-Chor schickt uns bezüglich seiner von uns in Nr. 313 des „Vorwärts" behaupteten Mitwirkung bei einer Demonstration der „selbständigen revolutionären" Verbände folgende Richtigstellung: Der Chor hat sich an dem Demonstrationszug nicht beteiligt. 24 Sänger vom Chor haben am 26. Juni bei der Eröffnung um 9 Uhr und am Schlusse der Versammlung (Reichskonferenz) um 10½ Uhr im Schweizergarten Arbeiterlieder zum Vortrag gebracht. Der Chor ist parteipolitisch nicht einseitig eingestellt, es bleibt den einzelnen Mitgliedern überlassen, bei Arbeiterveranstaltungen mitzuwirken. Es haben auch schon einzelne Mitglieder bei kleinen Feiern der SPD.-Bezirke gesungen und bei großen Veranstaltungen hat sich der gesamte Chor der SPD. zur Verfügung gestellt.

Bei einem Chor, der **Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes** ist, brauchte das nicht erst betont zu werden. Wir wollen dem Friedrich-Hegar-Chor durchaus keine Vorschriften machen, an welchen Veranstaltungen er oder ein Teil seiner Mitglieder sich beteiligen soll oder nicht. Es muß uns jedoch gestattet sein, unser Bedauern darüber zum Ausdruck zu bringen, daß der Chor mit Veranstaltungen in Zusammenhang gebracht wird, deren Zweck es ist, durch Quertreiberei und Zersplitterung die deutsche Arbeiterbewegung zu schädigen. Der Deutsche Arbeiter-Sänger-Bund ist geschaffen worden, um für die Arbeiterbewegung zu wirken.

Wirtschaft

Wie Stillegungen inszeniert werden.

Uns wird geschrieben:

Es ist schon des öfteren darauf hingewiesen worden, daß gerade der rheinisch-westfälische Bergbau zu Stillegungen von durchaus rentablen Gruben übergegangen ist. In wie weitem Ausmaß hier Mißbrauch getrieben wird, beweist die Schlußverhandlung über die Stillegung der **Zeche „Vereinigte Margarete"** in Sölde. Die Verhandlungen fanden unter Vorsitz des Sonderbeauftragten des Preußischen Handelsministeriums, des Oberbergamtsdirektors Weise, statt. Sie ergaben u. a., daß die Angaben der Zechenverwaltung über den Zustand der Betriebe unter und über Tage sowie die finanzielle Lage die Stillegung **nicht** rechtfertigten. Die Nachprüfung der Verhältnisse zeigte, daß die Kohlengrundlage gesund und für einen Zeitraum von mindestens 15 Jahren ausreichend ist. Wenn Betriebsverluste in mäßigem Umfange entstanden sind, so ist das allein auf die **höheren Abschreibungen** zurückzuführen. Seit der Markstabilisierung wurden außer Guthaben in Höhe von 575 000 Reichsmark weitere 90 000 M. aus dem Betrieb herausgewirtschaftet, die zu **Beteiligungen** verwandt wurden. Auf Grund dieser Feststellungen kam der Sonderbeauftragte zu dem Schluß, daß weder die Betriebsstillegungen noch der geplante Betriebsabbruch gerechtfertigt sind.

Charakteristisch für das Ergebnis der Untersuchung ist die Feststellung des **künstlichen Defizits**. Es handelt sich hier um eine Allgemeinerscheinung. So ist es bekannt, daß **Betriebserneuerungen unter den allgemeinen Unkosten** aufgeführt wurden, wodurch sich für die finanzielle Lage, besonders für die Rentabilität, ein durchaus ungünstiges Bild ergibt.

Heilmittelversorgung der deutschen Krankenkassen A.-G. Die Bilanz des im Dienste der Krankenkasse stehenden Unternehmens schließt mit einem **Verlust** von 165 707 Mark bei einem Aktienkapital von 1 Million Mark, von dem 250 000 Mark noch nicht eingezahlt sind. In ihrem Geschäftsbericht führt die Gesellschaft das ungünstige Ergebnis auf verschiedene Ursachen zurück. Einmal hat sie Verlust beim Verkauf des Hauses Gertraudtenstraße 24 erlitten und außerdem erhebliche Unkosten beim Ankauf des Hauses Charlottenburg in der Berliner Straße. Ferner hat das Unternehmen vom Umsatz mit den Krankenkassen im Gegensatz zu anderen Firmen der Branche Umsatzsteuern zahlen müssen. Jetzt ist allerdings durch eine Entscheidung des Reichsfinanzhofes festgestellt worden, daß diese Umsatzsteuer **zu Unrecht** gezahlt worden ist, infolgedessen wird an die Gesellschaft ein Betrag von 32 454 Mark zurückfließen. Die ständig sinkenden Preise machten es unmöglich, aus dem Warenumsatz Gewinne zu erzielen, die hoch genug waren, die beträchtlichen Unkosten zu decken. Die Gesellschaft muß sehr umfangreiche Lager nicht nur in der Zentrale, sondern auch in den Zweigstellen (Darmstadt, Dresden, Hamburg, Karlsruhe, Magdeburg) unterhalten. Infolge der Tatsache, daß die an der Gesellschaft beteiligten Krankenkassen nur einen Bruchteil des Gesellschaftskapitals durch Aktienerwerb eingezahlt haben, war das Unternehmen genötigt, **Bankkredite** in Anspruch zu nehmen und dafür **teure Zinsen** zu zahlen. Durch den bekannten Erwerb der Aktienmajorität von Oskar Skaller konnten das eigene Zentrallager und die Zweigstelle Berlin aufgelöst werden. Die Zentralverwaltung besteht nicht mehr; ebenso ist durch die Beziehung zu Skaller der zentrale **Verwaltungsapparat** sehr erheblich **verkleinert** worden. Die Unkosten werden sich im neuen Geschäftsjahr verringern, ebenso wird das Lager verkleinert werden können. Der Aufsichtsrat schlägt der Generalversammlung vor, das Aktienkapital auf 400 000 Mark zusammenzulegen. Einmal ist nicht damit zu rechnen, daß die Kassen in nennenswertem Umfang noch Aktien erwerben, andererseits wird auf diese Weise der Verlust beseitigt. Die Kassen haben an ihrem Aktienbesitz keinen Verlust, da sie weniger als die genannte Summe an Aktienkapital gezeichnet haben. Auffallenderweise wurde bei der Generalversammlung die **Presse ausgeschlossen**, obwohl die mit Skaller zusammenhängenden Vorgänge öffentlich bekannt sind. Bei ihrer Stellung zum Reichsverbande der deutschen Industrie hätte die Heilmittelversorgung den allergrößten Anlaß, ihre Verhältnisse vor aller **Oeffentlichkeit darzulegen**, damit sie nicht durch diese Geheimniskrämerei zum Gegenstand unsachlicher Kritik wird.

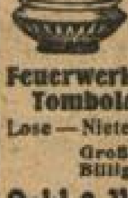
Rationalisierung in der Feldbahnbranche. Ausdrücklich wurde der Abschluß einer Interessengemeinschaft zwischen den beiden Feldbahnfirmen R. Dolberg A.-G. (Gruppe A.-G. für Industrie und Technik) und Leipziger u. Co. (Otto Wolff-Konzern) in der Generalversammlung der ersteren Gesellschaft mit dem Hinweis begründet, daß es notwendig sei, größere Gewinne herauszuholen. Beide Firmen haben in Dortmund Betriebsstätten. Die der Firma Leipziger u. Co. werden nun stillgelegt und die von Dolberg werden ausgebaut. Ebenso sollen Vereinfachungen in den Verkaufsorganisationen des In- und Auslandes vorgenommen werden, ferner Verhandlungen wegen des Rohmaterialieneinkaufes mit der bei Leipziger erheblich beteiligten Eisenhandelsfirma Otto Wolff u. Co. angeknüpft werden. Auftragsbestand ist reichlich vorhanden, das Aktienkapital bei Dolberg, das erst vor einem Jahr von 600 000 M. auf 1 Million M. erhöht wurde, erfuhr eine weitere Erhöhung um 0,5 Millionen M. auf 1,5 Millionen M. Wie weit diese Maßnahmen geeignet sein werden, einen wirksamen Wettbewerb gegen die größte deutsche Feldbahnfirma Orenstein u. Koppel A.-G. zu ermöglichen, steht allerdings trotzdem dahin.

Aus der Partei.

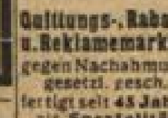
Ein Matteotti-Denkmal in Argentinien.

Die italienische sozialistische Organisation in Argentinien hat in Buenos Aires ein Denkmal zur Erinnerung an Giacomo Matteotti errichtet, ein Werk des italienischen Bildhauers Zirardini. Es handelt sich um ein Hochrelief in Bronze, das den ermordeten sozialistischen Abgeordneten auf der Rednertribüne darstellt.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Sklorz; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3.


Für Sommer- und Kinderfeste
Papiermützen, Scherzsachen,
Illuminations-artikel,
Feuerwerk, Wachsfackeln, Tombola-Sortimente,
Lose — Nieten. Nummernblocks
Große Auswahl. Billigste Preise.
Pohl & Weber Nachf.
Spittelmarkt 4–5 1 Tr.
Verlangt Sommerpreisliste Nr. 5

Besonders wirken sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamt-Auflage des „Vorwärts" und trotzdem außerordentlich billig!



Quittungs-, Rabatt- u. Reklamemarken
gegen Nachahmung gesetzl. gesch.
fertigt seit 45 Jahr. als Spezialität
Conrad Müller
Schkeuditz-Leipzig

Gänsefedern
mit allen Daunen zum Selbstreißen Pfund 3.— M., füllfertige konkurrenzlos billig. Preisliste frei.
W. Barowsick, Bettfedernversand
Neu-Trebbin 24 (Oderbruch).

Küchen
roh emailliert
Küche Lottchen 42 M. 80 M.
„ Christine 75 „ 125 „
mit Anrichte
Riesenauswahl
roher, lackierter, lasierte Küchen, einzelner Kleider- und Küchenschränke.
Himmel
Lothringer Str. 22 (Schönhauser Tor)

TEPPICHE
Gladtke & Königsfeld
Engros gegr. 1905 Export
Nur Potsdamer Str. 97, 1 Tr.
Kein Ladengeschäft
Einzelabgabe. * Billigste Listenpreise.
Im Hause der Commerz- und Privat-Bank.

Gegr. 1891.
Stepp- und Daunen-Decken
D. R. Patent-Daunen-Decken
kaufen Sie bestens ab Fabrik
Bernhard Strohmandel, Berlin
Wallstr. 72 (Untergrundbahn Inselbrücke)
Filiale: Spittelmarkt, Ecke Seydelstr., und Westen, Nikolsburger Platz 2, Ecke Trautenaustr.
Reparat. jed. Art. Illustr. Preiskatalog gratis.